Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Sonn.: M. Cohen. — Bremen: J. E. Schlotte, Wilh. Schaller. — Breslau: S. Jalowicz. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner, Wilhelm Wilkens. — Cöln: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marwedel. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 8—9; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue de Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 17. [37. Jahrgang.] **Berlin, Freitag den 21. Januar 1898.** **[37. Jahrgang.] Nr. 17.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **4 Mark, für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition, Wilhelmstraße 32,** Abonnements zum Preise von **4 Mark** vierteljährlich, sowie die **Post-Expedition** von **4 Mark 40 Pf.** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfspaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitig Honoraranspruche erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden.

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 2348.

Für die Monate **Februar** und **März** werden bei allen Reichs-Postanstalten Abonnements auf die

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"

zum Preise von 2 Mark 67 Pf. entgegengenommen; — in Berlin in der Expedition Wilhelmstraße 32, außerdem bei sämmtlichen Zeitungs-Spediteuren; — in Potsdam bei A. Pusch, Kanal 10.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, den 20. Januar.

Der deutsche Welthandel in französischer Beleuchtung.

Ueber die „deutsche Konkurrenz" hat dieser Tage in Lyon Herr Jules Roche auf Veranlassung der dortigen nationalökonomischen Gesellschaft einen auch von der Pariser Presse vielfach beachteten Vortrag gehalten. Es dürfte sich verlohnen, dessen wesentlichen Inhalt auch hier wiederzugeben.

Der Redner stellte zunächst ziffernmäßig den Rückgang des auswärtigen Handels Frankreichs fest, sowie das heftige Anwachsen des deutschen Weltverkehrs. Die Ursachen dieses für Frankreich bedauerlichen Unterschiedes, meint Herr Roche, wären unschwer zu erkennen. Sie liegen theils im Verhalten der Einzelnen, theils in dem des Staates.

Wie greifen es die Deutschen an? Sie gehen von Hause weg. Sie reisen. Man begegnet ihnen überall, in Schweden, in Rußland, in Persien, in Afrika wie in Amerika und China. Sie dreiten sich nach allen Seiten hin aus. Sie reisen aber nicht als Touristen. Sie begnügen sich nicht damit, eine oberflächliche Bildbegierde zu befriedigen. Wenn sie hinausgehen, so wollen sie draußen Geschäfte machen, die Welt mit ihren Schundwaaren überschwemmen.

Und der Franzose, was thut der inzwischen? Er bleibt zu Hause sitzen.

„Wir Franzosen", führte Herr Roche aus, „stellen bewundernswerthe Waaren her, Alles künstlerisch, dauerhaft. Aber wir behalten die Sachen für uns, denn wir haben keine Lust, uns ins Ausland zu bemühen, um sie dort anzubieten. Der Deutsche sucht den Käufer an Ort und Stelle auf, wo er wohnt, und läßt nicht nach, bis er ihm seine geringwerthigen und verfälschten Erzeugnisse aufgedrängt hat.

Eine andere Ursache der Ueberlegenheit der Deutschen besteht in der Einrichtung ihrer Komptoire, ihrer Bankhäuser, ihrer Verkehrsanstalten.

Dazu kommt drittens das wirksame Eingreifen des Staates. Ein deutscher Kaufmann ruft niemals vergeblich die staatliche Hülfe an. Sei uns trifft so ziemlich das Gegentheil zu.

Endlich ist, nach der Thatsache zu urtheilen, das Deutschland seit dem Jahre 1892 ein System maßvoller Handelsfreiheit eingeführt hat, während bei uns eine protektionistische Strömung zur Herrschaft gelangte, durch die wir uns zu Uebertreibungen fortreißen ließen."

So weit reicht die Einsicht des Herrn Roche noch nicht, daß er begreift, daß bloße Rührigkeit und geschäftliche Gewandtheit nicht zureichen würden, um „Schundwaare" in großen Massen an den Mann zu bringen. Das wird aber noch kommen. Ebenso wie den Engländern das Verständniß gekommen ist, als sie mit ihrem made in Germany unliebsame Erfahrungen machten.

Großbritannien.

Kundgebungen hervorragender Politiker.

Der Staatssekretair für die Kolonien, Chamberlain, hielt gestern Abend in Liverpool eine Rede, in welcher er in Bezug auf Kreta sagte, die Ohnmacht des europäischen Konzerts sei ein Mißerfolg für alle Betheiligten gewesen, aber England sei nicht zu tadeln. Der gegenwärtige Zustand sei unerträglich und könne unmöglich ins Ungemessene andauern. Es könne Englands Pflicht werden, sein Recht und seine Unabhängigkeit zu wahren und für sich allein zu handeln.

Frankreich.

Der Kanzler der Schatzkammer, Hicks Bach, sagte in einer Rede, die er in Bristol hielt, es sei kein Zweifel, daß in den Einnahmen dieses Finanzjahres ein erheblicher Ueberschuß vorhanden sein werde, aber jetzt sei ein Stillstand eingetreten. Wegen des Streiks der Maschinenbauarbeiter könne das Seedepartement nicht das für den Bau neuer Schiffe bestimmte Geld ausgeben. In Bezug auf China sagte Redner, die chinesische Regierung sei an England herangetreten mit Bitten um Unterstützung bei Deckung der japanischen Kriegsentschädigung. Die Verhandlungen schritten vorwärts, aber selbst, wenn diese einen Erfolg nicht haben sollten, so müßte England doch sein Bestes gethan haben, um seine freundschaftlichen Gesinnungen China gegenüber in Zeiten der Noth zu erweisen. Es müsse auf seinen geltenden Vertragsrechten bestehen und dafür sorgen, daß dem Handel nach diesem Lande alle Vortheile erhalten bleiben, deren es sich jetzt erfreut.

Ausstand der Maschinenbauer.

Auf die Anzeige, daß die Maschinenbau-Arbeiter die Forderung des Achtstundentages zurückgenommen, theilte der Verein der Arbeitgeber den Ersteren mit, daß alle Werkstätten am 24. d. M. wieder geöffnet werden würden, vorausgesetzt, daß die verbündeten Trade-Unions die Bedingungen in Betreff der Handhabung des Werkstättenbetriebes annähmen, über welche in der Konferenz im Dezember v. J. eine Einigung stattgefunden hat.

Die chinesische Anleihe.

Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Peking von gestern gemeldet: Eine weitere Konferenz des Tsungli-Yamen fand gestern statt. Die Anleihe-Frage ist noch nicht geregelt, England verlangt das Recht auf Anlegung von Eisenbahnen in Yünnan und Szetschwan und außerdem Hangchau-Eröffnung als Vertragshafen. Der genannte Ort liegt in der Provinz Hunan, bekannt durch ihre Feindseligkeit gegen die Fremden. Die Hauptschwierigkeit aber liegt augenblicklich darin, daß England die Oeffnung von Tatsenwan verlangt, während Rußland die ganze Mandschurei für sich selbst zu behalten wünscht. Keine der beiden Mächte will im gegenwärtigen Augenblick nachgeben. Die Frage ist also jetzt eine politische, keine kommerzielle.

* * *

Die „Financial News" schreibt: „Viele glauben, daß es ein sehr schlechtes Geschäft ist, China ohne absolute Sicherheit Geld zu leihen. Während der Nutzen, welcher dem britischen Handel durch Eröffnung neuer Vertragshäfen in China erwächst, ein wesentlich ist, daß er fast das Risiko verdreifacht, eine schlechte Schuld von 13 000 000 Pfd. St. zu unterschreiben, scheint es uns, daß wenig Zweifel besteht, daß die chinesische Regierung sehr wohl im Stande ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Bis jetzt beträgt die gesammte auswärtige Schuld Chinas wenig mehr als 37 000 000 Pfd. Davon sind 1 635 000 Pfd. eine 7proz. Silberanleihe. Von den Goldanleihen zahlen 4 000 000 6 pCt. Zinsen, 16 000 000 Frc. 5 pCt. und 15 500 000 Frc. nur 4 pCt. Zinsen. Kommt die neue Anleihe von 12 000 000 Pfd. hinzu, so wird die gesammte auswärtige Schuld Chinas nur 50 000 000 Pfd. betragen. Für Zinsen und Tilgungsfonds wäre deshalb nur eine Summe von 2 600 000 Pfd. jährlich nöthig. Daß wird sicherlich nicht eine schwere Last für China sein. Die jetzigen Einnahmen der kaiserlichen Seezölle genügen fast, wenn nicht ganz, den Betrag zu decken. Sollten jedoch drei neue Vertragshäfen dem Welthandel geöffnet werden, so besteht kein Zweifel, daß die Zolleinnahmen allein reichlich für den Dienst der Schuld genügen werden. Großbritannien braucht deshalb, selbst vom rein kommerziellen Standpunkte betrachtet, nicht der verlierende Theil zu sein, wenn es China mit den Mitteln zur Abzahlung der japanischen Kriegsentschädigung versieht."

Das Befinden Gladstones.

Die „Pall Mall Gazette" meldet, sie erfahre aus vorzüglicher Quelle, daß das Befinden Gladstones, der gegenwärtig in Cannes weilt, zu sehr ernster Besorgniß Anlaß gebe.

Ein Vertreter der Presse erhielt von Verwandten Gladstones die Mittheilung, daß nach den letzten Nachrichten, welche sie über das Befinden Gladstones erhalten hätten, die beunruhigenden Gerüchte über dasselbe durch nichts gerechtfertigt seien. Es sei wahr, daß Gladstone seit seinem Unterfallen in Cannes weder an Neuralgie leide. Nach einem gestern früh eingegangenen Briefe befinde sich der Patient aber besser, und die Aerzte seien mit dem Fortschritt der Besserung zufrieden.

Korea.

Aus Tschemulpo, den 30. November 1897, wird uns geschrieben:

Die Leichenfeierlichkeiten für die am 8. Oktober 1895 ermordete Königin von Korea haben am 21. und 22. d. M. mit großem Gepränge in Söul stattgefunden. Die Beerdigung selbst erfolgte am 22. an einem etwa 5 Milom. östlich von Söul gelegenen Platze. Zu der Feier waren die fremden Vertreter und die Mitglieder der Gesandtschaften und Konsulate, sowie die Ausländer in Söul geladen worden. Der König, die koreanischen Beamten und die Fremden überwachteten an dem Begräbnißplatze, wo für sie Häuser erbaut und eingerichtet worden waren.

Eine große Anzahl Söul- und Provinzial-Truppen waren aufgeboten worden, die die Wege und die den Ort beherrschenden Höhen besetzt hielten und den König begleiteten. Außerdem befanden sich in der Nähe des Königs mehrere russische Offiziere.

Auch die Ausländer waren ohne Zweifel zur erhöhten Sicherheit des Königs, der sich auf seine Truppen nicht verlassen zu können glaubt, eingeladen worden.

Der japanische Ministerresident war für die Gelegenheit zum Gesandten in besonderer Mission ernannt worden. Von dem Kaiser und der Kaiserin von Japan waren außerdem silberne Räuchergefäße geschenkt worden, die jedoch bei den Begräbnißzeremonien nicht benutzt wurden.

Die Landestrauer um die Königin ist auf 27 Monate seit der Verkündigung ihres Todes festgesetzt worden und wird Mitte Januar nächsten Jahres beendet sein.

Frankreich.

Zola.

Nun halbamtlicher Seite verlautet, Zola dürfte ohne vorhergängige Untersuchung in der ersten Hälfte des Februar vor das Schwurgericht gestellt werden.

Anarchistisches Attentat.

Gestern Nachmittag versuchte der Anarchist Etiévant, als er an dem Polizeiposten von Montmartre vorüberging, zwei Polizisten mehrere Messerstiche und versuchte dann, auf den Posten mit dem Revolver zu feuern. Anderen Polizisten gelang es, den Attentäter zu überwältigen. Etiévant war bis vor kurzer Zeit verantwortlicher Redakteur des anarchistischen Blattes „Révolution". In Folge eines Artikels gegen den Präsidenten Faure war gegen Etiévant die gerichtliche Verfolgung eingeleitet worden, derselbe entfloh aber nach England, woher er ganz kürzlich zurückgekehrt ist. Im Jahre 1891 war er wegen eines den Attentäter Ravachol voraufgegangenen Dynamitbiebstahls zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt worden. — Der Polizeipräfekt hat den verwundeten Polizisten goldene Medaillen verliehen.

Antisemitische Kundgebungen.

Die Bewegung im Pariser Quartier Latin scheint nachzulassen. In der Rue Soufflot fand gestern Nachmittag eine unerhebliche Kundgebung statt. Aus mehreren Provinzstädten, darunter aus Marseille und Lille, werden unbedeutende Kundgebungen gemeldet. Auch in Toulouse, Nantes und Rouen wiederholten sich die antisemitischen Demonstrationen. In den beiden letzten Städten wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. In Nantes soll bei Gelegenheit des antisemitischen Radaus in den Geschäftsräumen einiger Juden gestohlen worden sein.

Dementi.

Der frühere Justizminister Darlan erklärt in einem zur Veröffentlichung gekommenen Schreiben, er habe niemals irgendwem die Revision des Dreyfus-Prozesses versprochen.

Spanien.

Die Madrider Blätter veröffentlichen eine von Romero Robledo und anderen Deputirten und Senatoren an die Königin-Regentin gerichtete Adresse, in welcher sie um Einberufung der Kammern bitten. In der Adresse heißt es, die Einführung des neuen Regimes auf den Antillen ohne Mithülfe der Cortes stehe ohne Beispiel in der Geschichte da. Die Adresse lehnt jede Verantwortlichkeit wegen des Bruches der Verfassung ab und rühmt in einer historischen Darstellung die Vorzüge des Repräsentativsystems. — Die Regierung hätte, heißt es dann weiter, die Kammern einberufen müssen, wenn auch nur zu dem Zwecke, um der ganzen Welt die Legitimität des Krieges auf Kuba zu zeigen. Die Autonomie sinke zu einer Parteifrage herab, wenn die Cortes nicht einberufen würden. Die Unterzeichner schließt die Adresse, indem sie sich wohl bewußt, welche Schwierigkeiten für eine Königthum geschaffen seien, sie glaubten aber eine Gewissenspflicht zu erfüllen.

Eröffnung des schwedischen Reichstags.

Aus Stockholm wird uns unterm 13. Januar geschrieben:

Heute ist der schwedische Reichstag feierlich auf dem königlichen Schloß eröffnet worden, nachdem der König schon vorgestern die Präsidenten und Vizepräsidenten der beiden Kammern ernannt hatte. Die vom König verlesene Thronrede bespricht erst die Ereignisse des verflossenen Jahres, besonders das Regierungsjubiläum des Königs, und heißt dann weiter, daß die aus diesem Anlaß erfolgten Besuche dieser fremden Fürsten die herzlichen Beziehungen zum Auslande bezeugen. Die Thronrede erwähnt sodann verschiedene Regierungsvorlagen juristischer und militairischer Natur, darunter eine, betreffend die Reorganisation der zentralen Oberverwaltung des Heeres, und fündigt auf zwei Jahre vertheilte Etatsforderungen zum Neubau von Kriegsschiffen im Betrage von über 6½ Mill. Kronen an. — Zuletzt bespricht die Thronrede die Vorlage betreffs einer Arbeiterversicherung und die bildende finanzielle Lage des Reiches.

Dagegen sind Vorlagen von eigentlich politischer Bedeutung in der Thronrede unerwähnt geblieben; nicht nur wird nichts von der unionellen Frage gesagt, was nach dem Scheitern des schwedisch-norwegischen Nationalcomités auch nicht erwartet wurde, sondern auch die Frage von einer Erweiterung des Wahlrechts, worüber im Herbst während der Jubiläumsfeier Gerüchte verbreitet waren, scheint die Regierung nicht anregen zu wollen. Dagegen erwartet man später einen Gesetzentwurf, betreffend eine Beschränkung des kommunalen Wahlrechts, welche einem neuen kommunalen Besteuerungssystem entsprechen soll.

Die Thätigkeit des Reichstags wird aber voraussichtlich einen überwiegend ökonomischen Charakter tragen. Der Ueberschuß des Fiskus über die veranschlagten etatsmäßigen Einnahmen und Ausgaben ist im verflossenen Jahre nicht weniger als 19—20 Millionen Kronen gewesen, wovon der größte Theil von den indirekten Abgaben herrührt. Es wird nach altem Gebrauch die Aufgabe des jetzigen Reichstags sein, über diese Summen zu verfügen. Das hochkonservative Organ „Nya Dagligt Allehanda" mahnt die Reichstagsmitglieder, vor Allem an die Bewilligungen zur Armee und zur Erweiterung der Flotte zu denken, und es ist nach der Zusammensetzung des Reichstages außer Zweifel, daß er diesen Forderungen in der Hauptsache gerecht werden wird. Auf dem vorgelegten Budget wird gegen 3½ Mill. für Befestigungswerke verlangt, und für das Extraordinarium des Kriegsministeriums im Ganzen über 7 Mill. Kronen.

Was die Ziviletats betrifft, werden 2 Millionen zu einem Fonds für die geplante Arbeiterversicherung beansprucht, annähernd eine Million zu einer Gehaltsaufbesserung der Lehrer der höheren und Volksschulen, über 9 Millionen zu den Staatseisenbahnanlagen und 3½ Millionen zu Eisenbahnmaterial. Endlich wird eine Erhöhung der Apanage des Kronprinzen mit 50 000 Kr. beantragt, weil das norwegische Stortding, das dem Kronprinzen ziemlich feindlich gegenüberstebt, die norwegische Apanage desselben um eben diesen Betrag herabgesetzt hat. Die Eisenbahnbewilligungen sind vorwiegend für die Fortsetzung der Bahn längs dem Bottnischen Meerbusen bis zur finländischen Grenze bestimmt, sowie für den Bau einer für die Eisenausfuhr hochwichtigen Querbahn im nördlichen Theil des Landes und durch das norwegische Küstenland bis zum Hafen.

Inzwieweit es nun der Regierung möglich sein wird, ihr obenerwähntes legislatives und finanzielles Programm in seinem vollen Umfang im Reichstag durchzuführen, davon läßt sich nichts Sicheres behaupten, weil dies in erster Reihe von der Haltung der protektionistischen, sogenannten „Landwirthschaftspartei" abhängt. Diese Partei, die die Mehrheit der zweiten Kammer bildet, und die sich immer überaus spartam erwiesen hat, ist bisher von dem klugen Bauer, dem Postbesitzer Anders Peter Danielson von der Insel Dalarö, geleitet worden. Danielson, der mehrere Jahre hindurch einen wesentlichen Einfluß auf die schwedische Politik ausgeübt hat, ist aber kurz vor Weihnachten gestorben, und die künftige Haltung der Landwirthspartei in den Einzelnheiten wird wahrscheinlich zum großen Theil von dem Mann bestimmt werden, der zum Nachfolger Danielsons erwählt werden wird.

Kundgebungen zum Flottengesetz.

Die zweite badische Kammer hat am Montag die bereits erwähnte Diskussion über das Flottengesetz fortgesetzt. Die „Karlsruher Zeitung" berichtet auch diese Verhandlung an leitender Stelle, wobei sie schreibt: „Die Fortsetzung der Verhandlungen gab aber nochmals dem Herrn Präsidenten des Finanzministeriums Anlaß, in der Debatte einzugreifen. Herr Buchenberger mag in der treffliche Zurückweisung seiner gegen die Marinevorlage gerichteten Bemerkungen durch Herrn Dr. Buchenberger schwer empfunden haben, denn er kam in seiner gegen den Präsidenten des Finanzministeriums gerichteten Polemik wieder auf seine früheren Ausführungen zurück und blieb auch diesmal bei seiner Behauptung, daß die beabsichtigte Flottenvermehrung tausend Millionen kosten werde. Es ist in der That nichts bezeichnender für die Verlegenheit der Opposition, als daß sie immer wieder den Steuerzahlern mit willkürlich in die Höhe geschraubten, durchaus unbegründetem Zahlenmaterial kommt, das dem Bürger das Fürchten beibringen soll. Nachdem die Gegner der Flottenvorlage zur Genüge gelangt sind, daß man im Volke für ihre Bedenken gegen die angebliche Schmälerung des Budgetrechts des Reichstags nicht übrig hat, und daß sich zur Wahrung dieses, thatsächlich nicht im Geringsten bedrohten Rechtes eine Volksbewegung auch nicht mit den gewaltsamsten Mitteln hervorrufen läßt, wird dem Steuerzahler das Rückgrat mit der Drohung unerschwinglicher finanzieller Lasten zu stärken versucht. Herr Dr. Buchenberger machte mit beiden Argumenten des Herrn Benedey kurzen Prozeß; er verwies nochmals auf die Thatsache, daß die Ausgabebewilligungsrechte nur 175 Millionen betragen, die überdies auf sieben Jahre vertheilt würden, und was die angebliche Schmälerung des Ausgabebewilligungsrechtes anlange, so habe ja die badische Kammer selbst durch ihre Zustimmung zum Beamtengesetz, durch welche sie sich bezüglich aller statutarischen Gehalte des Ausgabebewilligungsrechtes in Höhe von etwa 25 Mill. begeben, keinerlei formalistische Bedenken gezeigt. Es dürfte Herrn Benedey und seinen politischen Freunden schwer werden, die zwingende Logik der Ausführungen des Herrn Ministerialpräsidenten in ihr Gegentheil umzudeuten. Daß Herr Dr. Buchenberger bei dieser Gelegenheit nochmals, und in ganz unzweifelhaft entschiedener Weise die Stellung der großherzoglichen Regierung zum Reiche und gegenüber gewissen Versuchen, sie unter den Willen oppositioneller Wortführer zu beugen, kennzeichnete, sichert ihm den Dank des Landes. Er hat damit auch eine vaterländische Pflicht erfüllt!"

In Stolberg (Rheinland) vereinigten sich 91 Bürger am Jahrestage der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs zu einer Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes und beauftragten einstimmig ihren Vorstand, den Reichstag zu ersuchen, den Marinevorlage, so wie sie vom Bundesrath eingebracht ist, anzunehmen.

* * *

Von den Deutschen Bahias ist Se. Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler nachstehendes Schreiben zugegangen:

„Die Deutschen in Bahia, die so dem jüngsten thatkräftigen Vorgehen der deutschen Flotte in China und Haiti mit freudiger Genugthuung Kunde erhalten haben, fühlen sich von dem Wunsche beseelt, Angesichts der jetzt gebotenen Gelegenheit, Ew. Durchlaucht Veröffentlichung des Entwurfes einer Vorlage betreffend die Vermehrung der Flotte, der kaiserlichen Regierung ihre volle Zustimmung in unbedingtem Vertrauen einmüthig auszusprechen. Kein deutscher Kaufmann im Auslande, dessen eigenste Interessen enger oder weiter mit der Blüthe unseres deutschen Handels und unserer deutschen Schiffahrt verknüpft sind, und der auf eigener Anschauung die Wichtigkeit eines häufigeren Zeigens der deutschen Flagge im Auslande zu würdigen weiß, wird sich der Erkenntniß verschließen wollen, daß wir Deutschen eine starke Kriegsflotte sowohl zur Vertheidigung unserer vaterländischen Küsten, als auch um die gedeihliche Entwickelung unseres die Welt umspannenden überseeischen Handels zu unterstützen; daß aber, um beiden Zwecken auch künftig genügen zu können, unsere gegenwärtigen Seestreitkräfte verstärkt und ergänzt werden müssen. Die deutsche Kolonie in Bahia, insbesondere die hiesige deutsche Kaufmannschaft, in deren Namen wir diese Kundgebung zu unterzeichnen die Ehre haben, kann daher die zielbewußten, auf die Erhöhung unserer Seemacht gerichteten Bemühungen der kaiserlichen Regierung nur mit lebhaftem Dank begrüßen. Möge dieses Gesetzwerk zum baldigen Erfolg gedeihen! Möge das Bewußtsein von der Nothwendigkeit der durch die Gesetzesvorlage geforderten Machtmittel sich in der Heimath selbst und allenthalben, wo im Auslande reichsdeutsche Deutsche wohnen, und insbesondere selbstthätige Bahn brechen, damit nicht, wenn es einst zu spät sein sollte, fernende Geschlechter uns vorwerfen, daß wir jetzt lebenden es versäumt hätten, für die Größe und die Wehrkraft unseres theuren Vaterlandes mit allen in unseren Kräften stehenden Mitteln einzutreten. Indem wir so der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck geben, daß der Sieg der guten Sache nicht fehlen wird, bitten wir Euere Durchlaucht die Versicherung unserer ehrerbietigen Ergebenheit zu genehmigen."

Das weitere Verzichtet der beim Reichstage eingegangenen Petitionen führt eine große Reihe von Eingaben um Annahme der Flottenvorlage auf. Außer den schon im Einzelnen erwähnten liegen dem Reichstage derartige Kundgebungen vor von: Dr. Bertram Kranz und Genossen in Kimberley, der Gesellschaft „Germania" in Rio de Janeiro und Genossen, der Bank für Chile und Deutschland in Valparaiso und Genossen; von Deutschen in Johannesburg, Pietersburg und Lourenzo Marques, aus Kapstadt und Paramaribo, ferner abermals aus Johannesburg, Pretoria, Standfontein, Modderfontein, Standerton ꝛc. und aus San Juan (Puerto Rico).

Ausland.

Rundschau.

Ein Leitartikel der „Morning Post", der nicht bloß die Anschauungen der Redakteure dieses Blattes widerzuspiegeln scheint, legt in der **kretischen** Gouvernneurfrage das Schwergewicht darauf, daß die Persönlichkeit des Kandidaten eine gewisse Sicherheit für die Wahrung der Interessen auch der muhammedanischen Minderheit unter den Kretern bieten müsse. Bereits im Juli v. J. hatte die „Times" in einem bemerkenswerthen Artikel sich, was wir anerkennen müssen, auf einen gleichen Standpunkt der Gerechtigkeit und des Friedens gestellt. Diese jetzt auch von der „Morning-Post" vertretene Anschauung schließt die Wahl eines Gouverneurs durch die kretische Nationalversammlung aus, da ein so gewählter Gouverneur von der Mehrheit, die ihn gewählt hat, abhängig wäre und dem Willen dieser Mehrheit dienstbar sein müßte. Desgleichen läßt sich, wie wir glauben, die Kandidatur eines griechischen Prinzen mit jener Ansicht nicht vereinigen. Denn wenn man die Dinge auf Kreta so nimmt, wie sie wirklich liegen, würde die Einsetzung eines griechischen Prinzen zum Gouverneur nur die Annexion Kretas durch Griechenland einleiten, was gewiß nicht dem Grundsatze der Gerechtigkeit gegen die muhammedanische Bevölkerung der Insel und den Friedensinteressen im Orient entspräche.

Das „Tod den Juden!" und „Pfui Zola!" hat sich aus dem eigentlichen **Frankreich** auch in die afrikanische Kolonie fortgepflanzt. Schüler der Hochschule in Algier versammelten sich gestern Abend unter verschiedenen Rufen nach Schluß der Vorlesungen und wollten ein Bild Zolas verbrennen. Die Polizei suchte dies zu verhindern, wodurch es zu einem Handgemenge kam, bei welchem einige Personen leicht verwundet wurden; fünf Verhaftungen wurden vorgenommen. Als einige Schüler der Hochschule ihre Mitschüler zu befreien suchten, kam es zu einem neuen Zusammenstoß und zu zwölf weiteren Verhaftungen. Die Schüler wurden schließlich auseinander getrieben. Etwa 1500 Theilnehmer an der Kundgebung durchzogen andere Stadttheile, wurden aber ebenfalls zerstreut.

Zola seinerseits erhält Tag für Tag Beweise der Zustimmung von Nah und Fern. Aus Rom schreibt ihm der norwegische Schriftsteller und Politiker Björnstjerne Björnson: „Seien Sie versichert, daß ganz Europa bewundert, was Sie gethan, wenngleich nicht Jedermann einverstanden ist mit dem, was Sie gesagt haben. Wir sehen jetzt, daß, wenn Ihre Werke über die ganze Welt verbreitet sind, um den Muth der Menschheit zu heben und ihr Herz zu erweitern, das daher kommt, daß Sie selbst ein Mann von Muth und von Herz sind." Italienische Studenten haben ebenfalls Adressen an Zola gesandt, desgleichen hat ein vlamischer Verein ihm in einer Zuschrift in niederländischer Sprache als den Vorkämpfer für Recht und Freiheit gefeiert. Die Brüsseler „Réforme" schlägt in einem warmen Aufruf vor, man möge an dem Tage, wo Zola vor dem Schwurgericht erscheint, von der ganzen Welt Telegramme mit der Adresse: „Zola, Schwurgericht, Paris", und mit einem Inhalt, wie das Gemüth ihn gerade eingiebt, richten.

Ueber den in genauerem Hergang bei dem oben erwähnten anarchistischen Verbrechen entnehmen wir einem Bericht der „Köln. Ztg." noch Folgendes:

Vor dem Polizeiposten von Montmartre erschien heute Nachmittag ein Mann, der den an der Thüre als Wache stehenden Schutzmann gröblich beschimpfte und sich dabei immer mehr ereiferte, bis er zuletzt den Schutzmann überfiel und ihm mit einem Messer acht schwere Stiche an verschiedenen Theilen des Körpers beibrachte. Ein Wachtmeister und ein Schutzmann stürzten hinaus und versuchten vergebens, den Rasenden zu bewältigen, der über dem Ringen auch diesen Schutzmann mit demselben Messer vier böse Stiche beibrachte, so daß der Getroffene bluten neben seinen Genossen sah. Andere Schutzleute, die herbeieilten, erhielten zum Theil auch noch Stichwunden, konnten den Verbrecher jedoch bewältigen und in das Arrestlokal abführen. Letzteres ist in zwei Abtheilungen getrennt, die vordere für die Frauen, die hintere für die Männer. Hinter der Abtheilung für die Männer befindet sich ein Gang, in den durch ein durchbrochenes Blech von dem Arrestlokal abgeschlossen ist. Gleich nachdem er untergebracht war, zog der Verbrecher, den man noch nicht hatte durchsuchen können, einen Armeerevolver aus der Tasche und gab damit einen Schuß auf einen Schutzmann, der gerade vorbeiging, um Wasser zu holen, damit die Wunden seiner Genossen auszuwaschen. Der Schuß traf in die Wange, und der Getroffene fiel zu Boden. Der Verbrecher gab noch sieben Feldschüsse auf die inzwischen herbeigerufenen Schutzleute ab und schrie dabei: „Ich werde euch Alle tödten, ihr Räuberspitzel. Es lebe die Anarchie!" Die Schutzleute suchten hinter einer Säule Deckung. Mittlerweile kam der Polizeikommissar zur Stelle, befahl seinen Leuten, die Gewehre zu laden und sich vor die Zelle zu stellen. Dann sagte er dem Anarchisten: „Wenn Sie sich nicht sofort ergeben, werde ich Sie durch den Kopf schießen lassen." „Sind Sie der Kommissar?" entgegnete der Verbrecher; „wenn ich zum Ihren Besuch gewußt hätte, so hätte ich eine Kugel für Sie bereit gehalten". „Darum handelt es sich nicht", sagte der Kommissar, „geben Sie das Revolver heraus". „Sie geben Sie mir Ihr Ehrenwort, daß ich nicht mißhandelt werde." Da der Kommissar sich dazu verstand, reichte der Verbrecher den Revolver durch die halb geöffnete Thüre, worauf er festgebunden und derbört werden konnte. Man fand bei ihm noch eine Schachtel mit etwa 30 Patronen. Der Mann heißt François Etiévaut und ist 32 Jahre alt. Auf die Frage nach der Ursache seiner Verbrechen erwiderte er mit einem Bekenntniß des Anarchismus. Er habe seinen persönlichen Grund gehabt, die Schutzleute anzufallen, aber er sei ein Feind der Gesellschaft, d. h. ein „Libertair" und jeder öffentlichen Behörde. „Lesen Sie meine Broschüren, und Sie werden über meine Denkart unterrichtet sein." Etiévant, dessen Bruder ebenfalls Anarchist ist, gehört seit Jahren dieser Richtung von Umstürzlern an und war in den Versammlungen seiner Gesinnungsgenossen einer der geschicktesten und wildesten Redner.

Von dem durch Irade des **Sultans** sanktionirten Anlehen entfallen auf die Ottomanbank 680 000 Pfund, auf die Anatolische Bahn und die Deutsche Bank 520 000 Pfund. Das Anlehen wird dem Vernehmen nach mit 5½ pCt. verzinst. Der Anatolischen Bahn wird auf der Strecke Eskischehr-Konia eine Erhöhung der Garantie um 1758 Frcs. per Kilometer gewährt.

Oesterreich-Ungarn.

*** **Wien,** Donnerstag 20. Januar. Dem Sektionsrath im Ministerium des Auswärtigen, Mercy von Kapos-Mére, ist das Ritterkreuz des Leopold-Ordens verliehen worden. — Die Gemeinde „Königliche Weinberge" bei Prag hatte gegen den Antrag des Unterrichtsministeriums, eine deutschsprachige deutsche Mädchenschule zu errichten, Beschwerde erhoben. Der Abg. Herold vertrat dieselbe. Der Verwaltungsgerichtshof hat jetzt der Beschwerde stattgegeben und die Verfügung des Unterrichtsministeriums als ungesetzlich aufgehoben, weil es sich um keine Pflichtschule handle und die Gemeinde daher nicht gehalten sei, die Schule zu errichten.

*** **Prag,** 19. Januar. Im Laufe des heutigen Abends marschirte das 28. Infanterie-Regiment, welches bekanntlich in Folge der Ausschreitungen und den Hauptkrawallen wegen Patrouillen entlandt. Nennenswerthe Ruhestörungen kamen nicht vor. Der Statthalter, der Korpskommandant